Schwerter Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" erscheint täglich außer Feiertags. Bezugspreis monatlich 4,50 Mk., bei der Post 4.60 Mk., ohne Bestellgeld. Anzeigenpreise: 1 mm hohe, 35 mm breite Zeile 35 Pfg. Wohnungs- und Stellengesuche 30 Pfg. Bei Wiederholungen entsprechender Nachlaß lt. Tarif. Jeder Rabatt gilt als Kassenrabatt und erlischt bei Konkursen, Zwangsvergleichen, gerichtlichen Klagen u. Nichtbeachten der gemachten Zahlungsbedingungen.

Verbunden mit: Schwerter Tageblatt und Anzeiger, Schwerter Volkszeitung, Schwerter Volksblatt

Amtliches Kreisblatt für den Kreis Hörde.

Westhofener Zeitung, Aplerbecker Zeitung, Langscheder Zeitung, Holzwickeder Zeitung

Die „Schwerter Zeitung" gewährt ihren Abonnenten für jeden mit Tod endenden Unfall gemäß ihren Bedingungen 300 Mark Unfall.

Druck u. Verlag v. Carl Braus, Schwerte (Ruhr)

Fernsprecher 62. Telegramm-Adresse: Braus, Schwerte (Ruhr). Postscheckkonto 2872 Köln.

Erstes und ältestes Tagesorgan des Kreises. — Generalanzeiger für den Kreis Hörde.

Nr. 84. Samstag, den 10. April 1920. 53. Jahrgang.

Frankreichs Ueberfall im Urteil der Welt.

Nach den letzten Nachrichten und nach der erneuten Ankündigung der Reichsregierung in ihrer ausgezeichneten Protestnote gegen den französischen Dormarsch, werden die Reichswehrtruppen das Ruhrgebiet binnen allerkürzester Frist wieder verlassen, nachdem sie dort ihre Befreiungsaktion aufs beste beendet haben. Wie die Aeußerungen der ausländischen Presse deutlich erkennen lassen, hat man auch eigentlich nirgends — außer in Frankreich natürlich — auch nur einen Augenblick geglaubt, daß es anders sein könnte, und die deutsche Regierung tatsächlich den verruchten Plan hätte, unter dem Vorwand der Befreiung des Ruhrgebietes ein neues Schlachtenheer anzusammeln und zu formieren, um unter der Parole „Revanche für Versailles" direkten Weges nach Paris zu marschieren. Die Reichsregierung hat in der ausführlichen und sehr würdigen Note vom 6. dieses Monats noch einmal schärfste Verwahrung gegen den französischen Ueberfall auf Darmstadt, Frankfurt am Main und die anderen deutschen Städte eingelegt. Ueberall da, wo dieses lückenlose Plädoyer gegen den französischen Militarismus und Chauvinismus unvoreingenommen gelesen wird, dürfte die deutsche Beweisführung für die absolute Rechtswidrigkeit der erneuten Besetzungen den durchschlagendsten Eindruck machen. Mit diesem deutschen Protest wird dem Willkürakt des Herrn Millerand für alle Zeiten der Stempel aufgedrückt. Nachrichten aus Rom, Washington und selbst aus London lassen beinahe zweifelsfrei erkennen, daß man dort mit dem französischen Vorstoß gegen das Deutsche Reich nicht einverstanden ist und damit ergibt sich eigentlich die Situation, daß Frankreich sich in einer wenig ruhmvollen Vereinsamung befindet. Wir bezweifeln, ob sogar die öffentliche Meinung in Frankreich sich dieser an sich wirklich nicht angenehmen Tatsache auf die Dauer wird entziehen können. Aber das soll schließlich unsere letzte Sorge sein, uns mag zur Stunde genügen, daß die Sympathien der Kulturwelt sich deutlich mehr uns als gerade Frankreich zuwenden. Das wird naturgemäß auch nicht ohne Einfluß auf unsere Stellung in internationaler Hinsicht bleiben? sobald die Ruhrgebietsaktion planmäßig ihrem Ende in dem kurzen Zeitraum zugeführt wird, der von der deutschen Reichsregierung von vornherein angekündigt worden ist. In moralischer Hinsicht könnte man also eigentlich dazu kommen, zu sagen, daß Herr Millerand, „als ein Teil von jener Macht, die stets das Böse will und stets das Gute schafft", Deutschland Abbruch tun wollte und ihm ein moralisches Plus verschaffte. Wenn es uns gelänge, diese Tatsachen der ganzen Welt zu Bewußtsein zu bringen, dann wäre zu hoffen, daß man sogar in Frankreich allmählich über die Schädlichkeit des neuen „Feldzugs gegen die Barbaren" ins reine gelangte. Man würde dann jenseits der Vogesen die Lehre aus den Dingen entnehmen, daß auch die billigste Militäraktion unter Umständen recht teuer werden kann, und eine Zukunft ganz Europas ihren Nutzen haben.

—ooOoo—

Für Anwendung weiterer Gewalt

Auguste Gauvain schreibt im „Journal des Debats":

Der Besetzung werden andere Maßnahmen folgen, wenn sie nicht genügt, um die Reichsregierung auf den richtigen Weg zurückzuführen. Wie wir es immer gesagt haben, der Vertrag von Versailles muß mit Gewalt durchgeführt werden, wenn es im Guten nicht möglich ist. Leider sieht der Vertrag von Versailles für Nichtausführung nur wirtschaftliche Sühnungen vor. Aber Artikel 44 gibt uns die nötigen Rechte, und die Verletzung des Artikels 42 bedeutet einen feindlichen Akt, auf den die Signatarmächte anworten können. Frankreich hat nach Benachrichtigung seiner Verbündeten gehandelt, jetzt können diese handeln. Unserer Ansicht nach müßten sie vorläufig das Ruhrgebiet gemeinsam besetzen; werden sie darüber nicht einig, so bleibt Frankreich das Recht, sich seine Sicherheiten zu nehmen. Dabei würde aber die einfache Pfandbesetzung von Gebietsteilen nicht hinreichen, denn sie bietet ebensoviel Nachteile wie Vorteile, besonders, wenn unsere Truppen weiterhin durch unsere Intendantur und Kassen unterhalten und bezahlt werden, anstatt von Deutschland. Nach dieser Besetzung, die eher eine Mahnung darstellt als eine Sicherheit, muß man die Frage der Durchsetzung aller Entwaffnungsbestimmungen ins Auge fassen, d. h. mit der Möglichkeit rechnen, Gewalt anzuwenden. Wir sehen uns einem ausgesprochenen bösen Willen gegenüber. Wir wissen, daß man jenseits des Rheins den Vertrag als einen Fetzen Papier zu bezeichnen gewohnt ist. Unser militärischer und finanzieller Zustand erlaubt es uns nicht, zu warten, bis es den Deutschen paßt. Sind die Fristen abgelaufen, so bleibt uns nur Gewaltanwendung übrig. Wir rechnen auf die loyale Mitarbeit unserer Verbündeten, sie haben uns förmlich und feierlich die Entwaffnung Deutschlands versprochen, sie könnten sich der Erfüllung einer heiligen Pflicht, die auch ihren Lebensinteressen entspricht, nicht entziehen.



Die wahren französischen Absichten.

TU Karlsruhe, 9. April. Wie aus durchaus zuverlässiger Seite in Darmstadt mitgeteilt wird, haben französische Offiziere im Gespräch mit Privatpersonen bestätigt, daß der französische Einmarsch in das Rheingebiet und die Besetzung der Taunusstädte von der französischen Regierung und den Militärbehörden schon lange Zeit geplant war und daß der Vorstoß der Reichswehrtruppen in das Ruhrgebiet nur einen willkommenen Anlaß zur Verwirklichung des Vorhabens geboten hätte. Die französischen Offiziere versicherten, ihre Regierung denke trotz ihrer gegenteiligen Erklärung wohl kaum an eine nahe Räumung der besetzten Zone, zumal sie zu jeder Zeit Gründe genug vorbringen könne und werde, welche die Nichterfüllung einzelner Bestimmungen des Friedensvertrages durch Deutschland beweisen und damit die fortdauernde Besetzung rechtfertigen würden.

Die Besetzung des Maingaus.

bb Mainz, 9. April. Die Ausdehnung der Besetzung des Maingaus ist bereits in Vorbereitung. Das Ziel ist Aschaffenburg, wofür Truppen aus Höchst bestimmt sind. Nachschübe aus dem linksrheinischen Gebiet sind vorgesehen zur Trennung von Nord- und Süddeutschland.

Neue Truppentransporte.

TU Saarbrücken, 9. April. Gestern und vorgestern passierten zahlreiche Militärtransporte aus Frankreich den hiesigen Außenbahnhof. Es handelt sich um Infanterie, u. a. die Garnisontruppen aus Nancy, und Artillerie mit Langrohrgeschützen. Die Transporte gehen in der Richtung auf Frankfurt bezw. Darmstadt weiter.

Die Opfer in Frankfurt.

bb Frankfurt, 9. April. Nach Feststellung der deutschen und französischen Behörden betragen in Frankfurt die Todesopfer am Schillerplatz 4 Tote und 18 Schwerverletzte. Alle anderen Meldungen über eine größere Anzahl Opfer hält die französische Behörde für falsch. Der Polizeipräsident hat der französischen Militärverwaltung geantwortet, der Vorfall mit dem französischen Radfahrer sei zu bedauern, eine genaue Untersuchung werde eingeleitet. Es sei aber zu beachten, daß die Wiederherbeischaffung des Fahrrades und des Karabiners bei einer Bevölkerung von 400 000 Einwohnern in der angegebenen Frist sich kaum durchführen lasse. Die Organe der Polizei hätten strikte Anweisung zur Aufrechterhaltung der Ordnung erhalten.

Haftbarmachung Frankreichs durch die deutsche Regierung.

TU Berlin, 9. April. Wie die „B. Z." erfährt, hat die deutsche Regierung durch den Geschäftsträger in Paris, Dr. Mayer, der französischen Regierung eine Note überreichen lassen, in der erklärt wird, daß Deutschland die französische Regierung für alle Schäden verantwortlich und haftbar machen müsse, die durch die Besetzung Frankfurts und anderer deutscher Städte durch französische Truppen entstehen. Besonders müsse Frankreich für die Tötung deutscher Staatsbürger in Frankfurt haftbar gemacht und verpflichtet werden, den Hinterbliebenen der Toten und Verletzten angemessene Entschädigungssummen zu zahlen.

England erhebt scharfen Einspruch.

Berlin, 9. April. Die neuesten Pariser Blätter verzeichnen mit großer Bestimmung, daß England die Besetzung Frankfurts durch die französischen Truppen mißbillige. So schreibt nach Pariser Meldungen der „Matin": Im Gegensatz zu dem, was sich aus dem Ton der englischen Blätter in den letzten Tagen voraussagen ließ, spricht sich unser englischer Verbündeter nunmehr gegen die Besetzung Frankfurts durch französische Truppen aus, und zwar in einer Note, die Lloyd George am Donnerstag im Anschluß an eine Ministerkonferenz dem französischen Botschafter in London übergeben hat. England hat seine Mißbilligung über die Besetzung Frankfurts durch die Franzosen in scharfer Weise zum Ausdruck gebracht, die im Widerspruch steht zu der von Lloyd George am Samstag geäußerten Meinung

—ooOoo—

Die Säuberung des Industriegebietes.

Die unabhängige und kommunistische Presse im rheinisch-westfälischen Industriegebiet veröffentlicht (getreulich dem seinerzeitigen Vorbilde der Entente) fortgesetzt Berichte über angebliche Greueltaten der Reichswehrsoldaten. Der Wahrheitsbeweis wird dadurch zu führen versucht, daß der Text auch gleichzeitig illustriert ist, und somit der arglose Leser die Glaubwürdigkeit solcher Behauptungen kaum anzweifelt. Demgegenüber wird jedoch von maßgebender Stelle erklärt, daß diese Greuelnachrichten samt und sonders erlogen sind. Die Herstellung derartiger Bilder ist eine Kleinigkeit. Haben doch die „Roten" durch die Benutzung von Uniformstücken gefangener Reichswehrsoldaten die beste Gelegenheit zur Darstellung von Täuschungsmanövern dieser Art.

Ein anderes Bild ergibt sich allerdings, wenn man den Spieß umkehrt. Zahlreiche beim Wehrkreiskommando eingehende Zeugenberichte und protokollarische Vernehmungen von Leuten, die infolge der Schreckensherrschaft des Pöbels aus dem Industriegebiet geflüchtet sind, stellen in der Tat die Höhe tierischer Verrohtheit einer entmenschten Masse dar. So wurde in Elberfeld ein Offizier von einem 15jährigen Bengel erschossen, seiner Kleider beraubt und lag den ganzen Tag über nackend vor dem Haus seiner dort wohnenden Eltern, ohne daß diese es wagen durften, den Leichnam hereinzunehmen.

Und so geht es fort: Raub, Plünderung und Brandschatzung sind an der Tagesordnung. In den Großstädten, in denen die „Roten" die Diktatur ausübten, nahmen die Erpressungen überhand. Bewaffnete Horden unternahmen Streifzüge durch das Land. Die Bauern wurden ihrer Vorräte und ihres Viehes beraubt, die Höfe in Brand gesteckt.

Alle diese Schandtaten verraten das wahre Gesicht der Dunkelmänner im Industriegebiet wohl zur Genüge. Es ist deshalb nicht verwunderlich, daß die anständigen Elemente in der Arbeiterschaft längst abgesplittert sind, weil sie mit diesem Terror der Straße nichts gemeinsam haben wollen.

—ooOoo—

Aufruf an die Bevölkerung des Industriegebietes.

Durch Flugzeuge wurden im ganzen Ruhrrevier Flugblätter abgeworfen, die zur Aufklärung dienen und folgenden Wortlaut haben:

„Durch die Presse und durch Plakate wird die Meldung verbreitet, im Industriegebiet herrsche Friede, als Folge der Verhandlungen vom 31. März in Münster.

Das Ergebnis der Verhandlungen in Münster war eine Verlängerung der Frist zur Erfüllung des Bielefelder Abkommens bis zum 2. April mittags 12 Uhr.

Trotzdem der Zentralrat in Essen beschlossen hat, diesen Abmachungen nachzukommen, ist es nicht geschehen.

Die Waffen werden nicht abgeliefert, die Auflösung der Roten Armee erfolgt nicht.

Raub und Plünderung nehmen überhand.

Die Hilferufe nach Reichswehrtruppen werden immer dringender und mehren sich von Stunde zu Stunde. So von Dortmund, Hörde usw. Diese Hilferufe erfolgen von den organisierten Arbeitern wie von der Bürgerschaft.

Der Vormarsch der Truppen kann nicht länger hinausgeschoben werden. Jede Verzögerung würde verhängnisvoll nicht nur für das Industriegebiet, sondern für ganz Deutschland.

Ausdrücklich weisen wir darauf hin, daß die Reichswehrtruppen als Beauftragte der Regierung kommen und nur die Befehle derselben ausführen.

Alle gegenteiligen Gerüchte, nach denen die Reichswehrtruppen als Anhänger Kapps bezeichnet werden, sind böswillige Verleumdung. Sie werden von den Anhängern der Roten Armee verbreitet, um die Bevölkerung und besonders die Arbeiterschaft gegen die Truppen aufzuhetzen.

Arbeiter, Bürger! Ruhe und Ordnung ist das Notwendigste, das wir brauchen. Alle Rechtdenkenden sehnen sich danach.

Aufgabe der Reichswehr ist, dieselbe wieder herzustellen.

Diese schwere und traurige Aufgabe — um es nochmals zu sagen —erfüllt die Reichswehr nur im Auftrage der verfassungsmäßigen Regierung.

Deshalb unterstützt sie!

Der Reichs- und Staatskommissar in Münster.

J. A.:

(gez.) Mehlich.

Schrittweise Räumung.

TU Basel, 9. April. Nach einer Berliner Meldung des „Echo de Paris" wird laut Mitteilung von berufener deutscher Seite mit einer schrittweisen Zurückführung der Truppen Anfang nächster Woche und mit der vollständigen Zurücknahme etwa bis zum 20. April gerechnet. In etwa zwei Wochen dürfte daher die Frage der Räumung der von den Franzosen besetzten Taunusstädte wieder akut sein.

Die Sicherheitspolizei in Essen.

WTB Essen, 9. April. Die frühere staatliche Sicherheitspolizei wird in der alten Stärke den Sicherheitsdienst in Essen wieder übernehmen.

Ruhe und Ordnung in Düsseldorf.

Die Lage ist hier unverändert ruhig. Die Rückflut der Rotgardisten hat fast vollständig aufgehört. Düsseldorf hat durch diesen Rückstrom einen unerwünschten Zustrom erhalten. Seit gestern ist die Polizei wieder im Dienst, daneben sieht man die Mannschaften der Sicherheitswehr mit ihren weiß-roten Armbinden. Der Sicherheitswehrmann ist das einzige Ueberbleibsel von den Vorgängen der

letzten Wochen. Die Stadtverwaltung gibt bekannt, daß die Ordnung nach jeder Richtung hin wieder hergestellt ist.

Eine neue Amnestie?

WTB **Düsseldorf**, 10. April. Das mehrheitssozialistische Mitglied der preußischen Landesversammlung, Boldt, der zurzeit mit dem Abgeordneten Hue das Industriegebiet zu Feststellungen über die Lage bereist, hat einem Vertreter der Düsseldorfer „Freien Presse" mitgeteilt, daß ein Erlaß des Reichspräsidenten in Vorbereitung sei, der die Frage der Amnestie für die roten Truppen regelt. Danach sei beabsichtigt, allen Angehörigen der roten Armee, die bis vorgestern ihre Waffen abgegeben haben, Straffreiheit zu gewähren. Ihrer Rückkehr in die Heimat steht also nichts im Wege, und die in letzter Zeit vielfach beobachtete Flucht von Angehörigen der roten Armee in das besetzte Gebiet sei deshalb ganz falsch.

* **Bochum**, 9. April. Sehr bemerkenswerte Enthüllungen über die Vorgänge hinter den Kulissen des hiesigen Arbeiterrates machte das ehemalige Mitglied des Arbeiterrates, Arbeitersekretär Häutchen, in einer Versammlung der christlichen Arbeiter und Angestellten. Am Abend des 29. März fand eine Sitzung des Arbeiterrates statt, in der nach längerer Aussprache mit 14 bei 6 Stimmenthaltungen beschlossen wurde, die Bielefelder Beschlüsse anzuerkennen und die Bochumer Truppen von der Front zurückzuberufen. Kurze Zeit darauf erschienen im Verhandlungsraum 15 Bewaffnete, die den Arbeiterrat in dem Zimmer gefangen hielten. Mehrere Frontvertreter erklärten, wenn der Beschluß befolgt würde, könnten sie keinem der Anwesenden mehr als eine Lebensdauer von 5 Minuten garantieren. Der Kommunist Kämpfer empfahl, ein Telegramm an die Entente zu schicken mit der Bitte, in das Ruhrgebiet einzumarschieren. Bibl forderte Sabotage der Werke. Unter Todesdrohungen wurde den Mehrheitssozialisten die Zustimmung zum zweiten Generalstreik abgezwungen. Das Flugblatt des Arbeiterrates vom nächsten Tage, das besagt, daß der Beschluß zum Generalstreik freiwillig erfolgt sei, sei eine schamlose Lüge.

Spartakus fordert zu einem neuen Generalstreik auf.

Berlin, 10. April. Die alte kommunistische Partei (Spartakusbund) fordert heute ihre Anhängerschaft zu einem neuen Generalstreik auf. Nach der „Roten Fahne" soll die Schuld an dem „weißen Schrecken" im Ruhrrevier Watter und die Soldateska, Ebert-Müller, die diese Soldateska losgelassen haben, treffen. Sie trifft die Gewerkschaftsbureaukratie und die Mehrheitssozialisten, die dem Proletariat in den Arm fiel, ehe noch wirklich die Garantien gegeben waren für die Unschädlichmachung der konterrevolutionären Offiziersbande, die der Regierung nicht in den Arm fiel, als sie den Bund mit der Soldateska neu knüpfte. Arbeiter, Genossen, Eure Losung sei: Sofortige Zurückziehung, Entwaffnung und Auflösung aller Reichswehrtruppen, die gegen die Arbeiter kämpfen oder gekämpft haben, sei es im Ruhrrevier, sei es anderswo, völlige Entwaffnung des revolutionären Proletariats, völlige Entwaffnung der Bourgeoisie. Der Generalstreik ist die einzige Lösung der Lage. Werbt dafür mit aller Macht, treibt die Zögernden vorwärts, bis alle Widerstände gegen eine neue Massenaktion überwunden sind. — Was sagt unsere Regierung zu diesen Plänen? Wie denkt sie sich eigentlich den Schutz des Bürgertums nach Zurückziehung der Reichswehr? Sollen die ordnungsliebenden Elemente wieder der Herrschaft des Pöbels ausgeliefert werden. Und dieses ist unzweifelhaft der Fall, wenn jetzt nicht reine Bahn gemacht wird. Die letzten Dinge könnten unter Umständen schlimmer werden als die ersten.

Auflösung der Einwohnerwehren.

WTB **Berlin**, 9. April. Das preußische Kabinett hat beschlossen, die Einwohnerwehren aufzulösen. Im Anschluß an den hierauf bezüglichen Erlaß der Reichsregierung wurden die Oberpräsidenten sofort entsprechend angewiesen.

Dieses Verbot ist natürlich nur auf die Haltung der französischen Regierung zurückzuführen, die kategorisch die sofortige Auflösung der Einwohnerwehren verlangt. Der deutschen Regierung bleibt kein anderer Weg übrig, als nachzugeben, da ihr Machtmittel gegen dieses unsinnige und unser ganzes Wirtschaftsleben aufs schwerste gefährdende Verlangen nicht zur Verfügung stehen. Wie wir an anderer Stelle mitteilen, fluten die roten Truppen, die das besetzte Gebiet zu erreichen suchten, wieder in das Land zurück. Wird die Auflösung der Einwohnerwehren durchgeführt, so bleibt den bedrohten Städten nichts anderes übrig, als ihre Konsequenzen daraus zu ziehen.

Eine Denkschrift der Zentralstelle an die Entente.

Die Zentralstelle der Einwohnerwehren hat der Entente nochmals eine Denkschrift überreicht, in der die Notwendigkeit des weiteren Bestehens der Ortswehren angesichts der unsicheren Lage klargelegt wird. Aus technischen Gründen ist die geforderte Auflösung am 10. April unmöglich, da die einzelnen Wehren mit Vermietern, Versicherungsgesellschaften usw. längere Verträge abgeschlossen haben, die sich nicht ohne weiteres lösen lassen.

Das Hilfswerk für Mitteleuropa.

Der von einer Reihe von Konferenzen mit Vertretern neutraler Länder nach England zurückgekehrte britische Direktor des Hilfswerkes für Mitteleuropa, Sir William Goode, erklärte einem Vertreter der „Daily News", auch Vertreter der amerikanischen Regierung hätten an den Beratungen teilgenommen. Zum ersten Male sei eine gemeinsame Aktion zwischen Alliierten und Neutralen erzielt. Es handele sich um die Lieferung von Lebensmitteln und Rohstoffen auf Kredit. Als die am meisten bedürftigen Länder nannte Goode Oesterreich, Ungarn, Polen, Tschechoslowakei, Armenien und Serbien. Die Vereinigten Staaten übernähmen die Verantwortung, diesen Ländern bis zur nächsten Ernte fast die gesamten benötigten Lebensmitteln zu liefern. Großbritannien werde den Schiffsraum stellen und Rohstoffe liefern.

Vor dem Abschluß des deutsch-amerikanischen Lebensmittelkredits.

Aus zuständigen amerikanischen Finanzkreisen erfährt die „Köln. Ztg.", daß der Abschluß des Lebensmittelkredits, den die Vereinigten Staaten Deutschland gewähren wollen, für Ende April mit ziemlicher Gewißheit erwartet werden kann.

Wie das Korrespondenzbureau erfährt, begibt sich dieser Tage der Chef der Wirtschaftsabteilung des holländischen Ministeriums des Aeußern mit Beamten seines Departements zu Besprechungen über den Deutschland zu gewährenden Kredit nach Paris.

Ein Hilferuf aus Montjoie.

Der belgische Rechtsbruch in Montjoie hat im ganzen Rheinland helle Empörung hervorgerufen. Die Grenzfestsetzung durch die Kommission raubt Deutschland eine der wichtigsten Eisenbahnlinien. Die Einwohner fühlen sich in die roheste Sklaverei verschleppt. Dagegen will sich die Bevölkerung, die urdeutsch ist, wehren. Sie will weder belgisch noch französisch werden. Die Rheinländer wollen keinen Rheinbund. Sie wollen Preußen bleiben. Durch Preußen für Deutschland, das ist die Parole. Der Kreis, der 20 000 Einwohner zählt, hat keinen einzigen Wallonen. Nach dem Friedensvertrage muß man den Kreis bei Deutschland lassen.

Zwei Vertreter des Kreises, der Bürgermeister von Montjoie und der evangelische Pfarrer Gries, waren von diesem Kreise nach Berlin entsandt, um vor aller Oeffentlichkeit gegen den Rechtsbruch Einspruch zu erheben. Pfarrer Gries schilderte am letzten Donnerstag vor Vertretern der Presse in bewegten Worten die Verzweiflung der Bevölkerung und bat um Unterstützung des deutschen Volkes in diesem Kampfe um Recht und Gerechtigkeit.

Herenski-Enthüllungen.

Die Unhaltbarkeit der Lage Polens offenbart sich von Tag zu Tag deutlicher. Die kaum allzu ernst zu nehmenden Anstürme der roten Heere Sowjet-Rußlands machen dem neuen slawischen Staate allerdings weniger zu schaffen, als die bolschewistische Unterminierung aller staatlichen Ordnung im eigenen Lande. Wenn der polnische Generalstab in großsprecherisch aufgemachten Heeresberichten immer wieder von Siegen über die russischen Horden des Bolschewismus meldet, so mag er, von einigen Aufschneidereien abgesehen, der Wahrheit nicht einmal Gewalt antun. Denn man darf nie vergessen, daß bolschewistische Horden einer auch nur einigermaßen militärisch organisierten Truppe gegenüber überhaupt keine ernst zu nehmende Gefahr darstellen. Aber die trotz alledem bestehende Unsicherheit des neuen großpolnischen Staates spiegelte sich vor allem darin, daß die nationalistisch-chauvinistischen Kreise in Warschau immer wieder versuchen, unter Umgehung der verhaßten Deutschen, mit Frankreich irgendwie zu einer für beide Teile verbindlichen Waffenbrüderschaft zu kommen. Bestreiten läßt sich auch nicht, daß diese Versuche bei den auf die Vernichtung und Ausmerzung Deutschlands eingeschworenen Kreisen Frankreichs ein gewisses Entgegenkommen finden. Wahrscheinlich wird indessen der Versuch der Herbeiführung dieser herzlichen polnisch-französischen Waffenbrüderschaft einen argen Stoß erhalten durch die neuerdings von Kerenski aller Welt unterbreiteten, für die beteiligten Völker recht schwerwiegenden Enthüllungen, sobald sie nur im polnischen Volke genügend bekannt geworden sind. Kerenski erzählt, daß unmittelbar vor dem Sturze des Zarentums eine interalliierte Konferenz mit Lord Milner als Vertreter Englands und dem Botschafter Doumergue als Vertreter Frankreichs zusammengetragen war, die einen Plan für die große Frühjahrsoffensive für das Jahr 1917 festlegte. Nach der Abreise der Konferenzteilnehmer erhielt die Zarenregierung aus Paris eine Note, in der Rußland gebeten wurde, im Siegesfalle das Recht Frankreichs auf Annexion des Saargebiets und Besetzung des linken Rheinufers anzuerkennen. Die Zarenregierung stimmte zu, verlangte aber dafür die Zustimmung Frankreichs, daß Rußland seine Grenzen im Westen selbst zu bestimmen habe und alle polnischen Gebiete annektieren könne. In der Zeit zwischen diesen beiden Noten brach die Revolution im März 1917 aus, und die Antwort Frankreichs auf die Bedingungen der Zarenregierung Rußlands ging ein. Dieselbe lautete: Frankreich ist damit einverstanden, daß Rußland ganz Polen annektiert. — Für Frankreichs regierende Männer war eben damals noch Rußland derjenige Staat, dessen Hilfe man zur Zertrümmerung Deutschlands für willkommen und nötig erachtete; heute möchten sie gar zu gern das neue Polen zu Vorspanndiensten für ihre Interessen im gleichen Sinne mißbrauchen. Aber die französische Rechnung wird nicht zuletzt an der hoffnungslosen politischen Unfähigkeit Polens zuschanden werden.

Was können wir zahlen?

Die unter dem Vorsitz des früheren französischen Präsidenten Poincare stehende „Wiedergutmachungs-Kommission" der Entente in Paris beginnt sich jetzt mit der Vorbereitung der Frage zu beschäftigen, wie hoch die von Deutschland an die „Sieger" zu zahlende Kriegsentschädigungssumme sein soll. Im Frühjahr 1919 hatte der der damalige Reichsfinanzminister Dernburg vorgeschlagen, den Betrag auf 100 Milliarden Mark zu bemessen unter der Bedingung, daß uns sofort ausreichende Lebensmittel und Rohstoffe geliefert würden. Im Friedensvertrage von Versailles ist indessen festgesetzt worden, daß die Summe von der genannten Kommission festzusetzen und von der deutschen Reichsregierung bedingungslos anzunehmen sei. In den Kammerdebatten in Paris im Laufe des letzten Winters haben danach die französischen Finanzminister, wie s. Zt. mitgeteilt, die Entschädigung auf 200 Milliarden Mark bemessen, und von dem Präsidenten Poincare ist schon anzunehmen, daß er alles aufbieten wird, um diese Anregung zum Beschluß zu erheben. Können wir diesen Betrag bezahlen? Ginge es uns nur nach wirtschaftlichen, finanztechnischen und kaufmännischen Grundsätzen, so könnten wir in den nächsten fünf Jahren überhaupt nichts zahlen, denn es ist unnatürlich, daß ein so heruntergekommener Schuldner, wie Deutschland es ist, die Gelder, von denen er seine Gesundung ermöglichen will, ausgibt, aber diese Tatsache allein würde uns nicht viel helfen, denn die Entente hat in dem Friedensvertrage ein Rechtsinstrument gegen uns in den Händen. Es muß uns also von andersher Beistand kommen.

Glücklicherweise für uns hat sich bei der Entente die Auffassung über die deutsche Zahlungsfähigkeit geklärt, und die Lage würde sich für uns noch besser gestaltet haben, wenn nicht die letzten Unruhen stattgefunden und uns in Kredit und wirtschaftlich so schwer geschädigt hätten. Geht das so weiter, so werden wir noch weniger zahlen können als bisher, und wo nichts ist, kann auch die Entente nichts holen, aber sie wird uns dann auch keine Lebensmittel und Rohstoffe liefern und für die Zukunft keine Rücksicht nehmen. Gewonnen haben wir also mit bolschewistischen Zuständen und der daraus hervorgehenden Zahlungsunfähigkeit nichts, sondern werden ganz und gar verelenden. Der Selbsterhaltungstrieb und die Klugheit zwingen uns also dazu, die namentlich in England, Amerika und Italien bestehende Einsicht auszunützen, daß Deutschland bei der Festsetzung der Kriegsentschädigung nicht wie eine Zitrone ausgepreßt werden darf, sondern Luft zum Atmen behalten muß.

Was können wir also zahlen? Nach den im letzten Abschnitt der Nationalversammlung bei der Beratung der neuen Steuergesetze gemachten Aufstellung haben wir an Reichs-, Staats- und Gemeindeausgaben etwa 23 Milliarden im Jahre aufzubringen. Ob es zum nächsten Jahre, von dem ab die Zahlungen an die Entente ihren Anfang nehmen sollen, nicht mehr sein werden, ist zweifelhaft, aber wir wollen hoffen, daß es dabei bleibt, denn es ist wahrlich genug. Aber diese 23 Milliarden sind noch nicht durch sichere Einnahmen gedeckt, wir wissen auch noch gar nicht, ob die Summen, die als Erträge der neuen Steuern ausgerechnet sind, wirklich einkommen werden. Nehmen wir aber hier ebenfalls an, es käme so, dann sind wir indessen ausgepumpt, da doch auch Lebensmittel, Kleider, Kohlen bezahlt werden müssen und die Papiergelddruckerei nicht in alle Ewigkeit so weiter gehen kann. Kommt also nun die Entente zu diesen jährlichen 23 Milliarden Ausgaben noch mit 200 Milliarden Kriegsentschädigung, = 10 Milliarden Zinsen jährlich, so wären wir bei der Zahlungsunfähigkeit. Wir können nicht 200 Milliarden aufbringen und bei den heutigen Verhältnissen auch nicht 100 Milliarden. Vom Vermögen bleibt schon nicht mehr viel, und die Arbeiter zeigen keine Neigung, ein Reichsnotopfer zu bringen.

Was bleibt übrig? Bar zahlen — in Gold — können wir nicht, endlose Zinsen von einem Riesenkapital zu zahlen, sind wir außer Stande, wir müssen uns also auf Barzahlung, Fabrikate- und Rohmaterialien-Lieferung einigen, und zwar von einer Summe, die diese jährliche Leistung, wenn auch noch so mühsam, gestattet. Das werden vielleicht kaum 120 Milliarden sein. Die Vorbedingung davon ist aber, daß Kohlen- und Eisen- und Kaliförderung unbedingt und unter allen Umständen gesichert, Verkehr und Fabrikarbeit nicht gestört werden. Denn sonst kämen wir in den Zustand des ewigen Wechselprolongierens, und wie das endet, braucht nicht weiter gesagt zu werden.

Deutsch-amerikanische Schiffahrtsabkommen.

Die „Hamburger Nachrichten" melden aus Kopenhagen: Einem Newyorker Telegramm zufolge haben der Norddeutsche Lloyd und die Dampfschifffahrtsgesellschaft Hansa in Bremen dem Shipping board ein gleiches Abkommen angeboten, wie es mit der Hapag abgeschlossen wurde. Generaldirektor Cuno wird in den nächsten Tagen in Washington erwartet. Wenn der Kriegszustand zwischen Amerika und Deutschland formell beendet ist, sollen die der Hapag überlassenen Schiffe deutsche Besatzungen erhalten.

April.

Launenhaft ist der April,
Wetterwendisch allerwegen,
Heute ist er sonnig-still,
Morgen bringt er Sturm und Regen;
Doch er bot in diesem Jahr
Einmal „grüne" Ostern dar,
Denn zu unserer Augenweide
Kam er ganz im Frühlingskleide.

Wieder wehn die Lüfte lind,
Und die Flur ist im Erneuen,
Doch das arme Menschenkind
Kann sich kaum des Frühlings freuen;
Neue Sorge kommt und quält,
Da es an dem „Nöt'gen" fehlt,
Auch in diesen Frühlingstagen
Heißt es: Hoffen und entsagen!

Durch die blühende Natur
Zieht der Mensch mit Sorgenfalten,
Diese aber können nur
Statt „verjüngen", ihn verälten.
Wer auf beß're Zeiten blickt,
Wird in den April gerückt,
Auf der Welt wird's täglich bunter
Und wir gehen dabei unter!

Kaum lacht uns ein Sonnenstrahl,
Wird der Himmel wieder trüber,
Braust ein neuer Sturm zu Tal,
Neue Schrecken zieh'n vorüber!
An der Ruhr gibt's keine Ruh,
Und die Not nimmt täglich zu,
Darum mit dem Druck der Waffen
Soll die Reichswehr Ordnung schaffen.

Auch im Sachsenland ist
Frühlingsfrieden kaum zu haben,
Hölz, der kühne Kommunist,
Hat das Kriegsbeil ausgegraben;
Er beherrscht die Politik
In der „Vogtland"-Republik,
Und die Güter und die Kassen,
Weiß er gründlich zu erfassen.

Eigenmächtig nimmt er vor
Jede Kassenregulierung,
Es verärgert sein Terror
Bürgerschaft und Staatsregierung;
So ward er zum Landes-Schreck
Und erfüllt des Daseins Zweck
Mit dem Recht des freien Mannes,
Als ein zweiter Schinderhannes.

Die Geschichte mutet an,
Wie ein Stück aus alten Tagen,
Daß sie heut passieren kann,
Ist auf's Tiefste zu beklagen;
Trübe ist die Gegenwart,
Doch der gute Bürger harrt
Duldsam der Erlösung weiter,
Die nicht kommen will!

Ernst Heiter.

Aus Stadt und Land.

** Schwerte, 10. April.

** **(Der neue Generalpardon.)** Die Frist zur Berichtigung unrichtiger Angaben ist nunmehr von dem Reichsminister der Finanzen bestimmt worden. Die Berichtigung muß darnach bis zum 15. April 1920 erfolgen. Sie erfolgt zweckmäßig bei dem Finanzamt, das für die Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs zuständig ist, und zwar in Verbindung mit der neuen Kriegssteuererklärung oder als Nachtrag hierzu. Bei rechtzeitiger Berichtigung bleibt der Steuerpflichtige und sein Erbe von Strafe völlig und von Nachzahlung der Abgabe für die Zeit vor dem 1. April 1915 frei. Dagegen verfällt Vermögen, das bei der Veranlagung zur Kriegsabgabe verschwiegen wird, kraft Gesetzes dem Reich.

** **(Das Einkommensteuergesetz in Kraft.)** Das Einkommensteuergesetz des Reiches ist unter dem 29. März erlassen und im Reichsgesetzblatt vom 31. März erschienen. Das Gesetz ist damit in Kraft getreten. Der Arbeitgeber ist verpflichtet, bei der Lohnzahlung zehn Prozent des Arbeitslohnes zu Lasten des Arbeitsnehmers einzuhalten und für

den einbehaltenen Betrag Steuermarken in die Steuerkarte des Arbeitnehmers einzukleben und zu entwerten. Diese Pflicht ist aber an eine nähere Anordnung des Reichsministers der Finanzen geknüpft. Diese ist aber noch nicht ergangen, weder sind die Steuermarken zu haben, noch auch die Gemeinden mit Steuerkarten versehen.

** (Die geflüchteten Rotgardisten,) die sich in das besetzte Gebiet zu begeben beabsichtigen, finden beim Feinde nicht das erhoffte gelobte Land. Die Entente macht kurzen Prozeß. Die Bergarbeiter werden in den Gruben des Saargebiets transportiert und die übrigen für den Wiederaufbau Nordfrankreichs verwandt. Infolgedessen kehren die roten Massen bewaffnet zurück. Die Hagener Flüchtlinge haben in Remscheid kehrt gemacht. Daraus ergibt sich von neuem die dringende Gefahr für die bedrohten Städte und die ebenso dringende Notwendigkeit der sofortigen Bildung der Einwohnerwehren, wenn nicht die letzten Dinge ärger als die ersten sein sollen. Angesichts dieser neuen Lage ist das Verbot der Einwohnerwehren ganz dazu angetan, Bestürzung in weitesten Kreisen der Bevölkerung hervorzurufen.

** (Die deutsche Mission), die nach dem „Friedensvertrage" geknebelt bezw. völlig unterdrückt werden soll, erhält infolge dees entschiedenen Eingreifens der Leistungen bei den maßgebenden Stellen mehr und mehr Aussicht auf Fortsetzung dieser zum Teil über 100 Jahre alten deutschen Kulturarbeit. Mitentscheidend ist dabei gewesen, daß man auf das völlig einwandfreie Verhalten der Missionare in politischer Beziehung und auf die unbestreitbar großen Verdienste um die Hebung der Eingeborenenvölker hinweisen konnte. Im Arbeitsgebiet der Rheinischen Mission, zu deren Heimatgebiet auch Westfalen gehört, soll im Kapland, nach den Versicherungen der fremden Regierungen die Arbeit ungehindert bleiben. Aehnlich liegen die Verhältnisse in Südwest-Afrika und in Neuguinea, wo eine beschränkte Fortführung möglich sein wird. In China muß alles neu aufgebaut werden. Die Rückzahlung der Vorschüsse der fremden Regierungen während des Krieges wird allerdings den sehr schmerzlichen Verkauf der afrikanischen Farmen nötig machen. Jedoch hofft die Leitung in Barmen im Vertrauen auf die bewährte warme Anteilnahme der deutschen Heimat dieses Werk durch diese bisher für sie schwerste Zeit hindurchbringen zu können.

** (Bestandene Prüfungen.) Die Bäckerlehrlinge Walter Glück, Robert Panndorf, W. Richter und Otto von der Heydt bestanden ihre Gesellenprüfung vor dem Prüfungsausschuß der Bäckerinnung hierselbst mit dem Prädikat „Recht gut".

** (Im Interesse der Vermieter) von Wohnräumen, Geschäftsräumen, Büros, Läden und Werkstätten wird wiederholt darauf hingewiesen, daß Mietverträge sowohl mit neuen Mietern, als auch mit alten, soweit mit diesen eine Preissteigerung vereinbart wird, rechtswirksam nur mit Zustimmung des Magistrats eingegangen werden können. Die Vermieter haben jeden Abschluß eines Mietvertrages binnen einer Woche nach Abschluß des Vertrages dem Magistrat anzuzeigen. Zuwiderhandlungen werden mit Geldstrafe bis zu 1000.— Mark bestraft. Anmeldeformulare sind im neuen Rathause, Zimmer 22, erhältlich.

** (Aus der kath. Gemeinde.) Im Hotel Ostermann fand gestern abend eine gemeinsame Sitzung des Kirchenvorstandes und der Gemeindevertretung statt. Nachdem eine Neuregelung der Bezüge der Pfarrgeistlichen und des Küsters vorgenommen war, wurden die Kirchensteuern in der bisherigen Höhe festgesetzt: 65 Prozent Zuschlag zu der Einkommensteuer und 30 Prozent zur Grund- und Gebäudesteuer.

** (Umsatzsteuer.) Die Pflichtigen werden darauf aufmerksam gemacht, daß für das Jahr 1920 Abschlagszahlungen nicht zu leisten sind.

** (Propaganda-Wettspiel.) Der Schwerter Sportvereinigung ist es gelungen, mit Erlaubnis des Regimentskommandeurs Major von Oven die Regimentsmannschaft des Reichswehr-J.-R. 103, das hier und in der Umgebung Quartier bezogen hat, zu einem Fußball-Propagandaspiel zu verpflichten. Das Spiel findet Sonntag nachmittag 3 Uhr auf dem Schützenhof gegen die 1. Mannschaft des hiesigen Vereins statt. Hiermit findet die Spielzeit 1919—20 für den Platz-Verein voraussichtlich ihren Abschluß und wenn je, darf man in diesem Falle das Wort „das Beste zuletzt" anwenden, denn der Militärmannschaft geht ein vorzüglicher Ruf voraus, der u. a. im Spiele gegen die Stuttgarter Kickers usw. begründet wurde. — Während des Spiels konzertiert die Regiments-Kapelle. (Näheres siehe Anzeige.)

** (Der Männer-Gesang-Verein „Liedertafel"-Schwerterheide) veranstaltet am Sonntag, den 2. Mai, unter Leitung seines Ehren-Dirigenten Herrn Otto Borrmann am Freischütz ein Konzert mit anschließendem Ball. Als Solist ist der bekannte Tenorist Dr. Nikolaus vom Dortmunder Stadttheater gewonnen worden. Den instrumentalen Teil hat das Maise'sche Solistenorchester übernommen. Der Verein wird nichts scheuen, um den Besuchern genußreiche Stunden zu verschaffen. Alles Nähere erfolgt durch Anzeige in der „Schwerter Zeitung".

** (Kohlenkarten.) Mit Rücksicht auf die erheblichen Verkehrsstörungen im vergangenen Monat war es dem Reichskommissar und seinen Organen nicht überall möglich, die von den industriellen Verbrauchern zu erstattenden Meldekarten den zuständigen Stellen rechtzeitig zu überweisen. Der Reichskommissar hat daher die Frist für Erstattung der April-Meldung bis zum 15. ds. Mts. verlängert.

** (Im Variete "Zum alten Rathaus") finden heute und morgen Vorstellungen statt. Das Programm ist für beide Tage ein sehr reichhaltiges, so daß ein Besuch nur bestens empfohlen werden kann.

** (Herstellung einer besseren Margarine.) Wie bereits angekündigt wurde, ist die Herstellung einer besseren Margarine in Aussicht genommen worden. Nach einer im Reichsanzeiger erschienenen Bekanntmachung muß Margarine in Zukunft in hundert Gewichtsteilen mindestens 80 Teile Fett enthalten. Der Vertrieb von minderwertigerer Margarine ist nur dann noch gestattet, wenn sie vor dem 1. März d. J. hergestellt wurde; ihr Vertrieb wird vom 1. Juni d. J. an gänzlich verboten.

** (Es bleibt bei 20 000 Mark Versicherungsgrenze.) Die Erweiterung des Krankenkassenzwangs bis zu einem Einkommen des Versicherungspflichtigen auf 20 000 Mark Versicherungsgrenze ist beschlossene Sache. Nachdem Reichsrat und Ausschuß der Nationalversammlung zugestimmt haben, wird das Gesetz auf dem Wege der „vereinfachten Gesetzgebung" am 26. April in Kraft treten. Die anderweitig verbreiteten Mitteilungen, daß die Versicherungsgrenze auf 12 000 Mark, die freiwillige Versicherung aber bis 20 000 Mark festgestellt sei, ist unrich[tig]. Die einschlägigen Vorlagen wird also gar [nicht an die Nationalversammlung] gen, sond[ern kurzer Hand als Verordnung ver]öffentlicht [werden und hiermit die Rechtskraft be]schreiten.

** (Ko[nkurse im ersten Vierteljahr 1920.) Die] Anzahl d[er Konkurseröffnungen bewegt sich in] langsam [absteigender Linie. Sie betrug im ersten] Viertelja[hr 1919 noch 276, um dann allmählich] auf 230 [im vierten Vierteljahr zu sinken. Im] ersten V[ierteljahr 1920 sind nun nach einer Zu]sammens[tellung der Finanzzeitschrift „Die Bank"] nur 212 [Konkurse eröffnet worden.]

** Westhofen, 9. April. (Sportliches.) Auf Anregung des deutschen Reichsausschusses für Leibesübungen soll auch hier wie in anderen Städten am Sonntag, den 9. Mai ds. Js., ein größerer Sport- und Turntag veranstaltet werden. Zu diesem Zwecke haben di[e beiden hiesigen Turnvereine „Teutonia" und „Ein]tracht", sowie der Verein für Bewegungsspiele in [der gestrigen gemeinsamen Vorstandssitzung ein]sichtigen, am genannten Sonntage einen Spielplatz-[Arbeitsgemeinschaft gebildet und beab]Werbetag zu veranstalten. Derselbe soll des Morgens durch einen Stafettenlauf durch die Stadt eingeleitet werden, während für den Nachmittag turnerische Vorführungen aller Art vorgesehen sind. Ferner beabsichtigt man, die hiesigen Gesangvereine einzuladen, um im Interesse der guten Sache neben den vorgesehenen Musikaufführungen durch gesangliche Darbietungen die Feier verschönern zu helfen. Die Vorbereitungen zu dem Werbetage liegen in den besten Händen und werden hoffentlich durch guten Erfolg gelohnt.

Aus den Provinzen.

* Hagen, 9. April. (Keine Kredite mehr!) Wie verhängnisvoll die politischen Wirren der letzten Wochen auf das Wirtschaftsleben eingewirkt haben, geht aus einer Mitteilung des komm. Landrats des Landkreises Hagen, Regierungsassessor von Salmuth, hervor, der in der letzten Sitzung der Lebensmittelkommission erklärte, daß die Banken, sogar die Landesbank, die doch als Kreditinstitut geschaffen sei, sich geweigert hätten, dem Landkreis sowie überhaupt den Kommunen im Aufruhrgebiet Kredite ohne Sicherheit zu gewähren. Dem Landkreise war es in diesem Falle, es handelte sich um Mehlankäufe im Auslande, nur mit Hilfe der Sparkassen möglich, die notwendigen Kredite zu bekommen. Anderen Städten wurde, wie wir schon kürzlich mitteilten, überhaupt jeder Kredit verweigert, bis die Verhältnisse ruhiger geworden wären.

* Holzhausen, 9. April. (Mord.) Tot aufgefunden wurde am Karfreitag früh der etwa 19 Jahre alte Sohn der Witwe Mohme von hier. Ein gegen 5½ Uhr aus dem Dienst heimkehrender Beamter fand den jungen Mann nahe bei seiner Wohnung im Chausseegraben liegen. Der Tod konnte erst kurz vorher eingetreten sein, da der Körper noch vollständig lebenswarm war. Vorhandene Spuren zeigten nach einem in der Nähe befindlichen Wasser, wo die Wunden am Kopf des Toten abgewaschen waren; auch Blutspuren fanden sich dort vor. Bemerkenswert ist noch dabei, daß der Anzug des jungen Mannes über und über mit Pferdehaaren bedeckt war, was darauf schließen läßt, daß er in einer Pferdedecke an den Auffindungsort geschleppt wurde. Ueber Einzelheiten, die den mutmaßlichen Täter kennzeichnen, ist noch nichts bekannt geworden.

* Duisburg, 9. April. (Ein besonders schwerer Raub) wurde, wie jetzt bekannt wird, an einem der letzten Tage in einem Eilgüterschuppen verübt. Dort war ein Eisenbahnwagen mit Baumwollstoffen, die einen Wert von rund 1 Million Mark [hatten, restlos ausgeraubt. Bis jetzt fehlt] jede Spur von dem Verbleib der Stoffe.

* Köln, 9. April. (Eigenartige Entführung.) Auf dem Deutschen Ring wurde ein jahrgeführter Metzgerlehrling von einem Herrn gebeten, ihm beim Hineinschaffen eines Koffers in seinen Kraftwagen behilflich zu sein. Dabei wurde der Lehrling in den Wagen gedrängt und [raste] davon. Er kam zwischen Mülheim und Bensberg zum Bewußtsein und sprang aus dem in voller Fahrt befindlichen Wagen. Er wurde schwer verletzt ins Bensberger Krankenhaus gebracht.

* Bad Homburg v. d. H., 9. April. (Ein rätselhaftes Ereignis) hat eine hiesige Familie versetzt. Ein hiesiger Privatgelehrter machte in geistiger Umnachtung seinem Leben durch Erhängen ein Ende, während die Eltern kurz zuvor [ausgegangen] hatte. Die einzige erwachsene Tochter wurde einer Irrenanstalt zugeführt.

Die Fristen für die Betriebsrätewahlen.

Aus Arbeitnehmerkreisen ist an das Reichsarbeitsministerium die Anfrage gelangt, wie es mit Rücksicht auf die Ernignisse der letzten Wochen bezüglich der Innehaltung der für die Betriebsrätewahlen gesetzlich vorgesehenen Fristen stehe. Vielfach ist die Innehaltung der Fristen für die Einleitung der Wahlen, für die Einreichung von Wahlvorschlagslisten, für die Stimmabgabe usw. nicht möglich gewesen.

Soweit die Einleitung der Wahlen noch nicht erfolgt ist, kann und soll, wie das Reichsarbeitsministerium mitteilt, sie nunmehr unverzüglich erfolgen. Die in der Wahlordnung vorgesehenen Fristen für die Einreichung der Vorschlagslisten usw. sind nur Mindestfristen. Soweit sie nicht innegehalten werden konnten, wird es Sache des Wahlvorstandes sein, für eine angemessene Verlängerung der Fristen Sorge zu tragen.

Letzte Drahtmeldungen.

Eigener Depeschendienst.

Englands Protest gegen Frankreichs Gewaltakt.

WTB Paris, 10. April. Der Spezialkorrespondent des „Matin" in London meldet: Man wird gewiß in Frankreich sehr überrascht darüber sein, erfahren zu müssen, daß die britische Regierung jeder Erwartung zuwider heute nach Abhaltung von zwei Kabinettsitzungen beschlossen, gegen die französische Aktion in Deutschland zu protestieren. Diese Neuigkeit wird unsere britischen Freunde, die in ihrer Mehrzahl seit 2 Tagen dauernd uns ihre Unterstützung versichert haben, ebenso überraschen wir uns selbst. Eine Note offiziösen Charakters, die heute durch eine Agentur veröffentlicht wird, besagt:

Der Eindruck, der hier verbreitet war und durch die in Frankreich abgegebene Erklärung verstärkt wurde, daß die alliierten und assoziierten Regierungen, nämlich Großbritannien, die Vereinigten Staaten, Italien und [illegible] Regierung vollständig [illegible] Wahrheit ist, daß die [illegible] gierungen der Politik [illegible] trale Zone immer ent[illegible] den Eindruck, daß die [illegible] Gründen, die ihr gut [illegible] eigener Initiative vor[illegible] stimmung der Verbün[illegible]

Frankreichs Vereinsamung.

TU Rom, 10. April. Der Pariser Vertreter der „Idea nazionale" weist die Vorwürfe zurück, die die französische Presse gegen Italien richtet. Der Friedensvertrag, betont der Korrespondent, enthält gar keinen Artikel, der die Besetzung deutscher Städte vorsieht. Das französische Vorgehen ist also lediglich eine Erneuerung der militärischen Feindseligkeiten, womit die Alliierten nichts zu schaffen haben. Falls der Konflikt sich verschärfe, sei Italien völlig frei. Frankreich könne also in seiner angstvollen Krise höchstens an Italiens Freundschaft appellieren, nicht aber an die politische Solidarität.

TU Haag, 10. April. Zögernd erkennen die offiziellen Pariser Blätter gestern morgen an, daß auch England Stellung gegen Frankreich nimmt. Hinsichtlich der Haltung der Ver. Staaten und Italiens hat man während der letzten 24 Stunden jede Orientierung verloren. Die englische Antwort wurde erst Donnerstag abend spät empfangen, so daß man noch nicht die zu befolgenden Richtlinien feststellen konnte. Es ist zu erwarten, daß unter diesen Umständen vorläufig nicht von weiteren Verhandlungen zwischen Deutschland und Frankreich die Rede sein kann. Unterstützt von England, Italien und Amerika drängt Deutschland weiter auf einen Ausgleich der Meinungsverschiedenheiten durch den [illegible]

[illegible] Mütter werden jetzt in zehn deutschen Städten verpflegt. Die Quäker haben genügend Nahrungsmittel, um die doppelte Anzahl der Kinder zu verpflegen und hoffen, in den nächsten drei Wochen allein in Großberlin 100 000 Kinder und Mütter ernähren zu können.

Eingesandt.

(Für Artikel unter dieser Rubrik übernimmt die Schriftleitung nur die preßgesetzl. Verantwortung.)

In der „Schwerter Zeitung" vom Donnerstag macht ein ängstlicher Schwerter Bürger seinem gepreßten Herzen Luft. Er hat auf der Straße etwas gehört vom Niederknallen und Hälseabschneiden. Gewiß sind in den letzten Tagen Uebergriffe erfolgt, die jeder Bürger verurteilen muß, darum ist es aber nicht notwendig, jeden Altweiberklatsch in der Oeffentlichkeit breit zu treten, um den Leuten das Gruseln beizubringen. In den meisten Fällen sind es nur junge, unreife Elemente, die einen derartigen Unsinn auf der Straße reden und die sind nicht ernst zu nehmen.

Im übrigen ist meines Erachtens die Mahnung am Platze, nicht auf jedes Gerücht und Geschwätz zu hören, denn es wird nie mehr gelogen und geredet wie im Krieg und in der Revolution, und das Sprichwort „Ruhe ist die erste Bürgerpflicht", ist heute ganz besonders zu beherzigen.

Auch ein ängstlicher Bürger.

Gottesdienst-Ordnung

für Sonntag, 11. April.

Große Kirche. 9 Uhr: Beichte. 9½ Uhr: Pastor Nell, hl. Abendmahl. 11 Uhr: Kindergottesdienst. 4 Uhr: Konfirmationsnachfeier für Mädchen.

Kleine Kirche. 8 Uhr und 10 Uhr: Pastor Ohlig.

Westhofen. 9½ Uhr: Pastor Klinker.

Kath. Kirche. 6 Uhr: Stille hl. Messe. 7½ Uhr: Abholen der Erstkommunikanten. 8 Uhr: Hochamt mit Kinderkommunion. 10 Uhr: Schulmesse. 11 Uhr: Stille hl. Messe. 3 Uhr: Dankandacht mit Tedeum.

Verantwortlich für die Schriftleitung: Fried. Kraas.
Druck und Verlag: Carl Braus, beide in Schwerte.

Die Valuta in der Karikatur.



Der Sturz der Mark — Der Sieg des Dollars

Die glückliche Geburt eines kräftigen
JUNGEN
zeigen hocherfreut an 2135
Heinr. Hövelmann jun. und Frau
Lene geb. Weber.
Schwerte, den 9. April 1920.

Für Gärtnereien.

Samendüten

für 10, 20 und 50 Gramm 328
hat preiswert abzugeben

Buchhandlung Carl Braus.

2143
Was ist ?Ptiffikus'?
grün, violett, blau, gold

Achtung!

Auch jeder nicht bei mir gekaufte Stoff wird durch meine Vermittlung von dem Meister Düsseldorfer Zuschneider für 138 Mark angefertigt. 2117
Frau Meier, Herderstrasse 24

2 Arbeiter

für Garten- und Kellerarbeiten für nachmittags gesucht.
Zu erfr. in der Geschäftsst. der „Schw. Ztg."

Freiwilliger Verkauf.

Am Mittwoch, den 14. April, vormittags 9½ Uhr anfangend, werde ich im Lokale H. Jöcker „Zum alten Rathause" folgende Sachen gegen bar versteigern:
1 weißen Herd, 1 Büffetschrank, 1 Anrichte, 3 Tische, 1 Topfbank, 1 Wasserbank, mehrere Stühle, 1 Gaslampe, 1 Bügelofen, 1 Nähmaschine, 1 Fahrrad mit Bereifung, 1 Schüleretui, 1 kompl. Bett, 2 Bettstellen mit Matratzen, 1 Mantelstock, 1 Schaukelbadewanne, 1 Partie Emaille-Teller, (flache und tiefe) und Schüsseln, und sonstige Haus- und Küchensachen, 1 Plüschdecke.
Die Sachen sind gebraucht, jedoch gut erhalten, und können 1 Stunde vorher besichtigt werden. 213
Schwerte, 10. 4. 20. **Heinr. Böcker,** Versteigerer.

Bekanntmachung

zur Ausführung des Gesetzes über Steuernachsicht vom 8. Januar 1920 (Reichsgesetzblatt S. 45) vom 24. Februar 1920.

Wer Vermögen oder Einkommen, das zu einer öffentlichen Abgabe herangezogen werden müssen, bisher nicht angegeben hat, und deswegen verwirkte Strafen wegen Steuerzuwiderhandlung sowie Verfall des verschwiegenen Vermögens gemäß dem Gesetze über Steuernachsicht abwenden will, wird aufgefordert, das bisher nicht angegebene Vermögen im Einkommen
spätestens bis zum 15. April 1920
einem Finanzamte anzugeben; dabei sind Vor- und Zuname, Stand, Beruf oder Gewerbe nebst Wohnort und Wohnung, Firma und Sitz genau zu bezeichnen. Die Angabe befreit den Steuerpflichtigen von jeder Strafe wegen Steuerzuwiderhandlungen, die sich auf das nachträglich angegebene Vermögen oder Einkommen beziehen. Nachforderungen von Abgaben für die Zeit vor dem 1. April 1919 sind ausgeschlossen.
Vermögen, das bei der Veranlagung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs oder zum Reichsnotopfer vorsätzlich verschwiegen ist, verfällt Kraft Gesetzes dem Reich. Unrichtige Angaben, die sich etwa noch in der Steuererklärung zur Kriegsabgabe vom Vermögenszuwachs finden, müssen unverzüglich und jedenfalls so zeitig berichtigt werden, daß die Angabe noch bei der Veranlagung der Steuer berücksichtigt werden kann.
Berlin, den 24. Februar 1920. 215
Der Reichsminister der Finanzen.

2210 **Eichengerbholz**

Bekanntmachung.

Die von der Regierung befohlene Aussetzung der Vollziehung standrechtlicher Urteile macht die Androhung sofortiger Erschießung in der Bekanntmachung vom 6. April 1920 hinfällig.
Ich weise darauf hin, daß Verstöße gegen meine Anordnungen mit schwersten Strafen (bis zu 5 Jahren Zuchthaus) geahndet werden. 2154
Schwerte, den 9. April 1920.
gez. **v. Oven,**
Major und Ortskommendant.

Lichtspiele und Variete „Zum alten Rathaus"
Brückstrasse 12.

Heute abend 8 Uhr und morgen nachm. 3½—6½ Uhr, abends 7—10 Uhr
Das grosse Pracht-Programm.
Jede Vorstellung für sich abgeschlossen. U. a.
Lucie Schreiber Soubrette | **Julius Classen** singt auch eins.
Sepp'l Klein Der brillante Humorist
Anton im Himmelbett
Lachen. Urk. Burleske in 1 Akt Lachen!
Mimmy Jahn Die urkomische Bauern-Darstellerin.
Karlo Neike
Der unerreichte Gliederphantast u. Reifenschlüpfer.
Studentenstreiche
Urkomische Posse in 1 Akt.
Preise der Plätze wie bekannt.
Es ladet freundlichst ein **Die Direktion.**

Propaganda-Wettspiel!
Sonntag, 11. April, 3 Uhr nachmittags auf dem Schützenhof 2166
Reichswehr J. R. 103 (v. Oven) Regimentsmannschaft gegen Schwerter Sportvereinigung 06 I. Mannschaft.
Während des Spieles konzertiert die Regimentsmusik. Eintritt: Erwachsene 1.50 Mk., Schüler 1.00 Mk., Militär frei.
Ueber Mannschaftsaufstellung siehe Näheres Aushang den Zigarrengeschäften.

Homöopath. Kranken-Behandlung.
Sprechstunden von 9—12 und 2—5 Uhr. Sonnabend und Sonntags nur in dringenden Fällen.
Elly Hensel, Hörde, Schulstraße 21.
Begl. Vertreterin der Falke-Heilweise.

Möbliertes Zimmer
mit Kochgelegenheit gesucht. Schriftliche Angebote unter C. 2158 an die Geschäftsstelle der Zeitung.

Für Mädchen, kath., 8 Jahre, wird gute
Pflegestelle
am liebsten in ländlicher Gegend gesucht.
Offert. u. D. 2131 a. d. Geschft. d. Ztg.

Ein tüchtiger energischer
Betonpolier
wird sofort eingestellt.
Baustelle
Carl Hanebeck 2089
Westhofen.

Sofort saubere Frau oder Mädchen
für leichte Hausarbeit für den Vormittag gesucht.
Zu erfragen in der Geschäftsstelle der Zeitung. 2158

Morgenmädchen
sucht 2137
Frau Direktor Renz
Hohenzollernstr. 4.

Suche per 1. Mai ein
junges Mädchen
für einige Stunden d. Morgens
Frau M. Mosbach
2165 Hüsingstraße 6.

Ordentliches 2073
Mädchen
für alle Hausarbeit zum 15. April oder 1. Mai gesucht
Frau C. Münkel
Bahnhofstr. 26.

Suche zum 15. April oder 1. Mai ein zuverlässiges
Zweitmädchen
Zu erfragen in der Geschäftsst. d. Ztg. 2077

Kontrollkassen
gebrauchte National kauft Gustav Gehre, Dortmund, Kapellenstrasse 4 Tel. 7049.

Gerner & Co.
G. m. b. H.
Hagen i. W., Elberfelderstr. 80, Telefon 2519, Postfach 88.

Abteilung I. Ständige Ausstellung in neuen Werkzeugmaschinen.
Drehbänke, Hand-Tisch-Säulenbohrmaschinen, Shapingmaschinen, Kaltsägen, Polier- u. Schleifmaschinen für verschiedene Spezialzwecke etc.

Abteilung II. Reichhaltiges Lager in erstklassigen Werkzeugen.
Spiral- und Gewindebohrer, Feilen und Raspeln, Kluppen für verschiedene Gewinde nebst Ersatzbacken, Sägeblätter für Hand- u. Maschinensägen, Bohr- und Drehbankfutter, Schieblehren, Mikrometer, Hämmer und Zangen etc.

Abteilung III. Allgemeiner Fabrikbedarf.
Holzriemenscheiben, Wellen- u. Transmissions-Steh- und Hängelager, Schmirgelscheiben und losen Schmirgel, Flaschenzüge, Zahnradpumpen, Oelpumpen, Oelkannen, Staufferbüchsen und Tropföler, Ambosse, Schraubstöcke, Feilenhefte und Hammerstiele, Schrauben, Muttern, Dichtungsartikel, Werkzeugstahl etc.

Mit unverbindlicher Offerte stehen wir gerne zu Diensten.
3339 — Besichtigung ohne Kaufzwang. —

Hotel Duisberg
:: Cafe-Restaurant ::
Sonntag, den 11. April 1920: 2146
9. Künstler-Konzert
des Meiseschen Solisten-Orchesters Hörde.
Besetzung: Erste Geige, Cello u. Klavier. Geigen- u. Cellosoli.
Anfang 4 Uhr. Eintritt frei.

Ia. Pilsener Bier im Anstich.
Gasthaus „Zum Schwan" 481
Inh. Werner Dingel. Hüsingstr. 32.

Wo gehen wir Sonntag, den 11. d. Mts. hin?
Auf, auf zum Rummelplatz am Bahnhof
Daselbst ist großer **Kirmes-Trubel**
bestehend aus Karussel, Schießhalle, Schiffschaukel u. Kettenkarussel.
Es laden ein 2147
Die Besitzer.

Sonntag, den 11. April findet im Saale Witwe Köster
Grosser Ball
statt. — Anfang 4 Uhr. — 2132
Es ladet ein **Witwe Köster.**

Achtung! Achtung!
Eröffne Dienstag, den 13. April im Lokale des Herrn Krüger (Hotel Kaiserhof), abends 8 Uhr
einen modernen
Tanz- und Anstands-Kursus
für Anfänger und Vorgeschrittene.
Am selbigen Abend findet die Vorführung der modernen Tänze punkt 8 Uhr statt, wozu ich herzlich einlade.
Liste zum Eintragen liegt bei Herrn Krüger (Hotel Kaiserhof) auf. 2288
Walter Sprengepiel u. Frau
Lehrer der modernen Tanzkunst.

Bekanntmachung.
Die Verpachtung der
Kirchengrundstücke
findet am Mittwoch, den 14. April, nachm. 4 Uhr beim Wirt Fritzenkötter, hierf, statt. 2153
Westhofen, den 9. April 1920.
Das Presbyterium.

Griffelkästen
empfiehlt
Carl Braus, Schwerte (Ruhr).

Restaurant „Zum Adler"
Sonntag, d. 11. April, nachm. 4 Uhr: 2162
Großer Ball
Hierzu ladet ein
Richard Jakobs.

Im Reiche d. Wassers
Sonntag den 11. April 4 Uhr anfangend:
Grosser Ball.
Glatter Saal, gute Tanzmusik
Es ladet freundlichst ein
2157 Heinrich Wächter

Verunfalle in
Westhofen
am Sonntag, der 11. April, nachmittags 4 Uhr, in meinen Saale ein 2128
Tanz-Kränzchen
Wwe W. Asbeck
(früher Schulte)
Leitung:
Heinz Brinkmann.

Klavier und Harmonium
Stimmen, Reparaturen, Aufpolieren.
Gendrong
Schwerte 143
Brückstrasse 9.

Konservatorisch gebildeter Lehrer erteilt noch einigen Schülern Unterricht in Geigen- u. Mandolinenspielen Gleichzeitig auch Unterricht in Theorie- u. Harmonielehre. 2142
Brückstraße 9.

Zahle für leere Flaschen (je nach Stückzahl):
für Sekfl. bis Mk. 1,30
„ Weinfl. „ „ 0,80
1/1 Ltr.-Fl. „ „ 0,80
3/4 Ltr.-Fl. „ „ 0,60
(Nur für diese Woche).
Kraumendahl,
Westenort 1. 2098

Bettnässen! Befreiung sofort Alter u. Geschlecht angeben. Auskunft umsonst. (137
Josef Kistler, Reichertshau a. Ilm 242y Obse.

Mieterschutzverein.
2184
Mitglieder-Versammlung
am Sonntag, 11. April, vormittags 10 Uhr in der Wirtschaft Köster.
Der Vorstand.

Zur Vorbereitung für die höhere Maschinenbauschule erteilt Stunden im Zeichnen und Mathematik 2141
Gendrong, Brückstr. 9.

Achtung!
Diebe
sie Gewinnchance bietet die
Kriegsgefangenen-Geldlotterie
Ziehungen vom 20. — 24. April.
Gewinnkapital:
1 000 000
Eine Million
Haupt-Gewinne zu
250 000
100 000 u.s.w.
Lose zum Preise v. M. 5.50 incl. Porto und Liste vers. auch geg. Nachn.
Lotterieeinnahme
Friedr. Matthews
Hamburg 23. 1979

Erbsenreiser, sowie Stiefmütterchen, Vergißmeinnicht zur Bepflanzung von Gräbern empfiehlt 2160
Gärtnerei
Emil Thüner
Iserlohnerstr. 4.

Neue 2149
Zentrifuge
zu verkaufen. Wo, sagt die Geschäftsstelle der Zeitung.


Erhalte Sonntag eine Sendung großer u. kleiner **Faselschweine**
Wilh. Brauckmann
Bahnhofstr. 16 2156

Küchen- und Schlafzimmer-Einrichtung. 1. Ladenregal, 2 Fenstervorsätze, 2 Theken, 1 Schreibpult billig abzugeben. 2135
Holzen bei Schwerte
Paulinenstr. 6.

Ein gutes 2188
Wohnzimmer
1 Sofa, 1 Ausziehtisch mit Decke, 6 Stühle, 1 Spiegel, 1 Vertikow, 1 Ofen usw. preiswert zu verkaufen.
Heinr. Böcker, Schwerte
Lieth. 3. 2138

Dreiflammiger 2164
Emaille-Gasofen
zu verkaufen.
Kuhstrasse 34.

Schreibmaschine
zu verkaufen.
Offerten unter D. 2151 an d. Geschft.

Neuer amerik. 2152
Gummi-Mantel und lederne Weste
preiswert zu verkaufen.
Zu erfr. i. d. Geschäftsst.

Eine milchgebende
Ziege
zu kaufen gesucht. 2162
Westhofen, Niederstr. 22.

Der Schlosser-Monteur aus Schwerte, der am 14. März, nachm. 4 Uhr in Wetter sein wollte, wird um ein Lebenszeichen gebeten. 2148
Brief erbitte unter A. B. 99 postlagernd Wetter-Ruhr.